

Südfront

<https://southfront.org/history-will-judge-the-united-states-and-its-allies-john-j-mearsheimer/>

Die Geschichte wird über die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten urteilen

- John J. Mearsheimer

16.06.2022

SouthFront

John Mearsheimer ist Honorarprofessor für Politikwissenschaft an der Higher School of International Relations. Er ist der R. Wendell Harrison Distinguished Service Professor für Politikwissenschaft an der University of Chicago.

Mearsheimer ist vor allem für die Entwicklung der Theorie des offensiven Realismus bekannt, die die Interaktion zwischen Großmächten als primär von dem rationalen Wunsch getrieben beschreibt, in einem anarchischen internationalen System regionale Hegemonie zu erlangen. Die folgende Rede wurde von John Mearsheimer am 16. Juni an der Europäischen Universität (EUI) in Florenz gehalten. Der amerikanische Politikwissenschaftler John Mearsheimer erklärt in seiner internationalen Vorlesung, dass die Vereinigten Staaten und die NATO die ganze Schuld am Blutvergießen in der Ukraine tragen. Hier versuchen sie, Russland zu besiegen und werden nicht vor der Eskalation des Konflikts Halt machen. "Die Geschichte wird die Vereinigten Staaten für ihre auffallend irrsinnige Politik gegenüber der Ukraine scharf verurteilen", so der Autor abschließend.

Der Krieg in der Ukraine ist eine vielschichtige Katastrophe, die sich in absehbarer Zeit wahrscheinlich noch verschlimmern wird. Wenn ein Krieg erfolgreich ist, wird seinen Ursachen wenig Aufmerksamkeit geschenkt, aber wenn er katastrophale Folgen hat, ist es von größter Bedeutung zu verstehen, wie es dazu kam. Die Menschen wollen wissen: Wie sind wir in eine so schreckliche Situation geraten? Ich habe dieses Phänomen zweimal in meinem Leben erlebt - zuerst während des Vietnamkriegs und dann während des Irakkriegs. In beiden Fällen wollten die Amerikaner wissen, wie sich ihr Land so sehr verkalkulieren konnte. Angesichts der Tatsache, dass die Vereinigten Staaten und ihre NATO-Verbündeten eine entscheidende Rolle bei den Ereignissen spielten, die zum militärischen Konflikt in der Ukraine führten, und nun eine zentrale Rolle in diesem Krieg spielen, ist es angebracht, die Verantwortung des Westens für dieses kolossale Desaster zu bewerten.

Ich werde heute zwei Hauptargumente anführen. Erstens: Die Vereinigten Staaten tragen die Hauptschuld am Entstehen der Ukraine-Krise. Damit wird nicht geleugnet, dass Putin eine militärische Sonderoperation in der Ukraine gestartet hat, und er ist auch verantwortlich für die Aktionen, die das russische Militär dort durchführt. Damit wird aber auch nicht geleugnet, dass die Verbündeten ebenfalls eine gewisse Mitschuld an der Ukraine tragen, auch

wenn sie in der überwiegenden Mehrheit Amerika in diesem Konflikt einfach blindlings folgen. Meine Hauptbehauptung ist, dass die Vereinigten Staaten eine Politik gegenüber der Ukraine betrieben haben und betreiben, die Putin und andere russische Führer als existenzielle Bedrohung für Russland ansehen. Und das haben sie im Laufe der Jahre immer wieder erklärt. Ich beziehe mich insbesondere auf die amerikanische Besessenheit, die Ukraine in die NATO zu ziehen und sie zu einer Hochburg des Westens an der Grenze zu Russland zu machen. Die Regierung Biden wollte diese Bedrohung nicht mit Hilfe der Diplomatie beseitigen und bekräftigte 2021 die Verpflichtung der Vereinigten Staaten, die Ukraine in die NATO aufzunehmen. Putin reagierte darauf mit einer militärischen Sonderoperation in der Ukraine, die am 24. Februar dieses Jahres begann. Zweitens reagierte die Regierung Biden auf den Beginn der Sonderoperation, indem sie ihre antirussischen Bemühungen praktisch verdoppelte. Washington und seine westlichen Verbündeten sind entschlossen, Russlands Niederlage in der Ukraine zu erreichen und alle möglichen Sanktionen zu verhängen, um die russische Macht erheblich zu schwächen. Die Vereinigten Staaten sind nicht ernsthaft an einer diplomatischen Lösung des Konflikts interessiert, was bedeutet, dass sich der Krieg wahrscheinlich noch Monate, wenn nicht sogar Jahre hinziehen wird. Gleichzeitig wird die Ukraine, die bereits sehr gelitten hat, noch mehr geschädigt werden. Die Vereinigten Staaten helfen der Ukraine, den falschen Weg imaginärer "Siege" einzuschlagen, der das Land faktisch zum völligen Zusammenbruch führt. Darüber hinaus besteht die Gefahr einer weiteren Eskalation des Ukraine-Konflikts, da die NATO in den Konflikt verwickelt sein könnte und während der Feindseligkeiten Atomwaffen eingesetzt werden könnten. Wir leben in Zeiten voller tödlicher Gefahren. Lassen Sie mich nun meine Argumente ausführlicher darlegen, beginnend mit einer Beschreibung der allgemein akzeptierten Vorstellungen über die Ursachen des Ukraine-Konflikts.

Verworrne Vorstellungen des Westens

Im Westen ist die Überzeugung weit verbreitet, dass Putin die volle Verantwortung für die Krise in der Ukraine und natürlich auch für die anhaltenden Feindseligkeiten auf dem Territorium dieses Landes trägt. Es heißt, er habe imperiale Ambitionen, d. h. er wolle die Ukraine und andere Länder erobern - und das alles mit dem Ziel, ein großes Russland zu schaffen, das eine gewisse Ähnlichkeit mit der ehemaligen Sowjetunion aufweist. Mit anderen Worten: Die Ukraine ist Putins erstes Ziel, aber nicht sein letztes. Wie ein Wissenschaftler es ausdrückte, verfolgt er "ein finstres und langjähriges Ziel: die Ukraine von der Weltkarte zu tilgen". Angesichts dieser angeblichen Ziele Putins ist es nur logisch, dass Finnland und Schweden der NATO beitreten und das Bündnis die Zahl seiner Streitkräfte in Osteuropa aufstockt. Schließlich muss das imperiale Russland in Schach gehalten werden. Es sei jedoch darauf hingewiesen, dass es keine Beweise für diese Behauptung gibt, obwohl sie immer wieder in den westlichen Medien und von praktisch allen westlichen Führern wiederholt wird. Und wenn Anhänger dieser allgemein akzeptierten Sichtweise im Westen versuchen, sie zu vertreten, stellt sich heraus, dass sie

praktisch nichts mit Putins Motiven für die Entsendung von Truppen in die Ukraine zu tun haben. Einige betonen beispielsweise Putins wiederholte Worte, die Ukraine sei ein "künstlicher Staat" oder kein "echter Staat". Solche undurchsichtigen Äußerungen von ihm sagen jedoch nichts über den Grund für seinen Feldzug in der Ukraine aus. Dasselbe gilt für Putins Aussage, er betrachte Russen und Ukrainer als "ein Volk" mit einer gemeinsamen Geschichte. Andere verweisen darauf, dass er den Zusammenbruch der Sowjetunion als "die größte geopolitische Katastrophe des Jahrhunderts" bezeichnete. Und dass Putin auch gesagt hat: "Wer sich nicht an die Sowjetunion erinnert, hat kein Herz. Wer sie zurückhaben will, hat keinen Verstand." Wieder andere verweisen auf eine Rede, in der er erklärte: "Die moderne Ukraine wurde vollständig von Russland oder, genauer gesagt, vom bolschewistischen, kommunistischen Russland geschaffen." Aber in derselben Rede sagte Putin über die Unabhängigkeit der Ukraine heute: "Natürlich können wir die Ereignisse der Vergangenheit nicht ändern, aber wir müssen sie zumindest offen und ehrlich anerkennen." Um zu beweisen, dass Putin die gesamte Ukraine erobern und Russland angliedern will, muss man erstens nachweisen, dass er dies für ein erstrebenswertes Ziel hält, zweitens, dass er es für ein erreichbares Ziel hält und drittens, dass er dieses Ziel zu verfolgen gedenkt. Es gibt jedoch keine Beweise in öffentlichen Quellen dafür, dass Putin die Ukraine als unabhängigen Staat beenden und sie zu einem Teil von Großrussland machen wollte, als er am 24. Februar eine Sonderoperation in der Ukraine startete. Im Gegenteil, alles spricht für das Gegenteil. Es gibt deutliche Hinweise darauf, dass Putin die Ukraine als unabhängigen Staat anerkennt. In seinem Artikel über die russisch-ukrainischen Beziehungen vom 12. Juli 2021, der von den Befürwortern der Volksmeinung im Westen oft als Beweis für seine imperialen Ambitionen angeführt wird, sagt er zum ukrainischen Volk "Wollt ihr euren eigenen Staat gründen? Wir heißen ihn nur willkommen!". Und zur Frage, wie Russland die Ukraine behandeln sollte, schreibt er: "Es gibt nur eine Antwort: mit Respekt." Und Putin beendet diesen langen Artikel mit den folgenden Worten: "Und wie die Ukraine sein wird, müssen ihre Bürger entscheiden." Es ist schwierig, diese Aussagen mit Äußerungen im Westen in Einklang zu bringen, wonach er die Ukraine in ein "Großrussland" einbeziehen will. In demselben Artikel vom 12. Juli 2021 und erneut in einer wichtigen Rede, die er am 21. Februar dieses Jahres hielt, betonte Putin, dass Russland "die neue geopolitische Realität, die sich nach dem Zusammenbruch der UdSSR entwickelt hat", akzeptiere. Am 24. Februar wiederholte er dies zum dritten Mal, als er ankündigte, dass Russland seine militärische Sonderoperation in der Ukraine einleiten werde. Insbesondere erklärte er, dass "die Besetzung ukrainischen Territoriums nicht zu unseren Plänen gehört", und machte deutlich, dass er die Souveränität der Ukraine respektiert, aber nur bis zu einem bestimmten Punkt: "Russland kann sich nicht sicher fühlen, sich nicht entwickeln und nicht existieren, wenn es vom Territorium der heutigen Ukraine aus ständig bedroht wird." Dies deutet darauf hin, dass Putin nicht daran interessiert ist, dass die Ukraine ein Teil Russlands wird. Er ist daran interessiert, dass sie nicht zum "Sprungbrett" für eine westliche Aggression gegen Russland wird, worauf ich später noch näher

eingehen werde. Man könnte argumentieren, dass Putin über seine Motive lügt, dass er versucht, seine imperialen Ambitionen zu verschleiern. Zufälligerweise habe ich einmal ein Buch über Lügen in der internationalen Politik geschrieben - "Why Leaders Lie: the Truth about Lies in International Politics" - und für mich ist klar, dass Putin nicht lügt. Zunächst einmal lautet eine meiner wichtigsten

Schlussfolgerungen, dass Staatsoberhäupter nicht sich selbst, sondern eher ihre Öffentlichkeit belügen. Was Putin betrifft, so gibt es, unabhängig davon, was die Leute über ihn denken, in der Geschichte keinen Beweis dafür, dass er jemals andere Führer belogen hat. Auch wenn einige behaupten, dass er oft lügt und man ihm nicht trauen kann, gibt es kaum Beweise dafür, dass er ein ausländisches Publikum belogen hat. Außerdem hat er sich in den letzten zwei Jahren wiederholt öffentlich zur Ukraine geäußert und immer wieder betont, dass sein Hauptanliegen die Beziehungen der Ukraine zum Westen, insbesondere zur NATO, sind. Er hat nie angedeutet, dass er die Ukraine zu einem Teil Russlands machen will. Wenn ein solches Verhalten Teil einer gigantischen Täuschungskampagne ist, dann gibt es dafür keinen Präzedenzfall in der Geschichte. Der vielleicht beste Indikator dafür, dass Putin nicht versucht, die Ukraine zu erobern und zu absorbieren, ist die militärische Strategie, die Moskau von Anfang an bei seiner Sonderoperation verfolgt hat. Die russische Armee hat nicht versucht, die gesamte Ukraine zu erobern. Dies würde eine klassische Blitzkriegsstrategie erfordern, die darauf abzielt, das gesamte Territorium des Landes durch gepanzerte Kräfte mit Unterstützung der taktischen Luftfahrt schnell zu erobern. Diese Strategie war jedoch nicht durchführbar, da die russische Armee, die die Sonderoperation startete, nur über 190.000 Soldaten verfügte, was zu wenig ist, um die Ukraine zu besetzen, die nicht nur das größte Land zwischen dem Atlantischen Ozean und Russland ist, sondern auch eine Bevölkerung von mehr als 40 Millionen Menschen hat. Es überrascht daher nicht, dass die Russen eine Strategie mit begrenzten Zielen verfolgten, die sich darauf konzentrierte, eine Bedrohung für die Einnahme Kiews zu schaffen, vor allem aber darauf, einen bedeutenden Teil des Gebiets im Osten und Süden der Ukraine zu erobern. Kurz gesagt, Russland hatte nicht die Möglichkeit, die gesamte Ukraine zu unterwerfen, von anderen osteuropäischen Ländern ganz zu schweigen. Wie Ramzi Mardini (ein bekannter amerikanischer Politikwissenschaftler, leitender Forscher am einflussreichen American Institute of Peace, Professor an der Universität von Chicago - ca. Ein weiterer Indikator für Putins begrenzte Ziele ist das Fehlen von Beweisen dafür, dass Russland eine Marionettenregierung für die Ukraine vorbereitete, prorussische Führer in Kiew förderte oder irgendwelche politischen Maßnahmen ergriff, die es ihm ermöglichen würden, das gesamte Land zu besetzen und schließlich in Russland zu integrieren. Wenn wir dieses Argument weiterentwickeln, ist anzumerken, dass Putin und andere russische Führer wahrscheinlich aus den Erfahrungen des Kalten Krieges verstanden haben, dass die Besetzung von Ländern in der Ära des Nationalismus immer ein Rezept für endlose Probleme ist. Die sowjetische Erfahrung in Afghanistan ist ein anschauliches Beispiel dafür, aber die Beziehungen Moskaus zu seinen Verbündeten in Osteuropa sind für diese Frage relevanter. Die Sowjetunion

unterhielt eine enorme Militärpräsenz in der Region und mischte sich in die Politik fast aller dortigen Länder ein. Allerdings waren diese Verbündeten Moskau oft ein Dorn im Auge. Die Sowjetunion schlug 1953 einen großen Aufstand in Ostdeutschland nieder und marschierte 1956 in Ungarn und 1968 in der Tschechoslowakei ein, um sie in ihrem Einflussbereich zu halten. In der UdSSR und in Polen kam es zu schweren Unruhen: 1956, 1970 und erneut 1980-1981. Obwohl die polnischen Behörden diese Probleme selbst lösten, dienten sie als Erinnerung daran, dass ein Eingreifen der Sowjetunion manchmal notwendig sein kann. Albanien, Rumänien und Jugoslawien bereiteten Moskau in der Regel Schwierigkeiten, aber die sowjetische Führung neigte dazu, ihr "schlechtes" Verhalten zu dulden, weil sie aufgrund ihrer geografischen Lage weniger wichtig waren, um die NATO abzuschrecken.

Und was ist mit der heutigen Ukraine? Aus Putins Artikel vom 12. Juli 2021 geht hervor, dass er damals verstanden hat, dass der ukrainische Nationalismus eine starke Kraft ist und dass der seit 2014 andauernde Bürgerkrieg im Donbas die Beziehungen zwischen Russland und der Ukraine weitgehend vergiftet hat. Er wusste natürlich, dass die russische Armee von den Ukrainern nicht mit offenen Armen empfangen werden würde und dass es für Russland eine "Herkulesaufgabe" wäre, die Ukraine zu unterwerfen, selbst wenn es über die notwendigen Kräfte zur Eroberung des gesamten Landes verfügen würde, was Moskau nicht tat. Schließlich sei darauf hingewiesen, dass kaum jemand behauptet hat, dass Putin von seinem Amtsantritt im Jahr 2000 bis zum Ausbruch der Ukraine-Krise am 22. Februar 2014 imperiale Ambitionen hatte. Außerdem sei daran erinnert, dass der russische Staatschef im April 2008 Guest des NATO-Gipfels in Bukarest war, auf dem das Bündnis ankündigte, dass die Ukraine und Georgien schließlich Mitglied werden würden. Putins Kritik an dieser Erklärung hatte in Washington kaum Auswirkungen, da Russland als zu schwach angesehen wurde, um eine weitere NATO-Erweiterung zu verhindern, so wie es auch zu schwach war, um die Erweiterungswellen des Bündnisses in den Jahren 1999 und 2004 aufzuhalten. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, darauf hinzuweisen, dass die Erweiterung der NATO bis Februar 2014 nicht darauf abzielte, Russland abzuschrecken. Angesichts des beklagenswerten Zustands der russischen Militärmacht zu dieser Zeit war Moskau nicht in der Lage, eine "imperiale" Politik in Osteuropa zu verfolgen. Bezeichnenderweise stellt selbst der ehemalige US-Botschafter in Moskau, Michael McFaul, fest, dass Putins Inbesitznahme der Krim vor Ausbruch der Maidan-Krise 2014 nicht geplant war. Es war Putins impulsive Reaktion auf den Putsch, der den pro-russischen Führer der Ukraine stürzte. Kurz gesagt, die Erweiterung der NATO war noch nicht dazu gedacht, die russische Bedrohung einzudämmen, sondern war Teil einer umfassenderen Politik, die darauf abzielte, die liberale internationale Ordnung auf Osteuropa auszuweiten und den gesamten Kontinent in ein "westliches" Europa zu verwandeln. Erst als im Februar 2014 die Maidan-Krise ausbrach, begannen die USA und ihre Verbündeten plötzlich, Putin als gefährlichen Führer mit imperialen Ambitionen und Russland als ernsthafte militärische Bedrohung zu bezeichnen, die es einzudämmen gelte.

Was war die Ursache für diesen Wandel?

Diese neue Rhetorik sollte einem wichtigen Zweck dienen: Sie sollte es dem Westen ermöglichen, Putin für die Entfachung der Unruhen in der Ukraine verantwortlich zu machen. Und nun, da sich diese seit langem andauernde Krise zu einem ausgewachsenen Krieg ausgeweitet hat, muss der Westen sicherstellen, dass allein Putin für diese katastrophale Entwicklung verantwortlich gemacht wird. Diese "Schuldzuweisung" erklärt, warum Putin im Westen inzwischen weithin als "Imperialist" dargestellt wird, obwohl es praktisch keine Beweise gibt, die diese Sichtweise stützen.

Lassen Sie mich nun auf die wahre Ursache der Ukraine-Krise eingehen.

Die eigentliche Ursache der Probleme

Die Hauptursache für die derzeitige Krise in der Ukraine sind die Bemühungen der Vereinigten Staaten, dieses Land zu einer Hochburg des Westens an den Grenzen Russlands zu machen. Diese Strategie geht in drei Richtungen: Die Integration der Ukraine in die EU, die Umwandlung der Ukraine in eine pro-westliche liberale Demokratie und vor allem die Aufnahme der Ukraine in die NATO. Die Strategie wurde auf dem jährlichen NATO-Gipfel in Bukarest im April 2008 in die Tat umgesetzt, als die Allianz ankündigte, dass die Ukraine und Georgien "Mitglieder" werden würden. Die russische Führung reagierte sofort mit Empörung und machte deutlich, dass sie diese Entscheidung als existenzielle Bedrohung ansieht und nicht beabsichtigt, irgendein Land in die NATO aufzunehmen. Einem angesehenen russischen Journalisten zufolge geriet Putin "in Rage" und warnte: "Wenn die Ukraine der NATO beitritt, wird sie ohne die Krim und viele ihrer östlichen Regionen dastehen. Sie wird einfach auseinanderfallen." Der heutige CIA-Chef William Burns, der während des Bukarester NATO-Gipfels US-Botschafter in Moskau war, verfasste ein Memo an die damalige Außenministerin Condoleezza Rice, in dem er die Haltung Russlands in dieser Frage kurz und bündig beschreibt. Darin heißt es: "Der Beitritt der Ukraine zur NATO ist für die russische Elite (und nicht nur für Putin) die gegensätzlichste aller roten Linien. In mehr als zweieinhalb Jahren Gesprächen mit wichtigen russischen Akteuren, von Patrioten in den dunklen Ecken des Kremls bis hin zu den schärfsten liberalen Kritikern Putins, habe ich niemanden gefunden, der die Aufnahme der Ukraine in die NATO als etwas anderes als eine direkte Herausforderung für die Interessen Russlands betrachten würde". Ihm zufolge wird die NATO "als eine militärische Struktur betrachtet, die Moskau einen strategischen Fehdehandschuh hinwirft. Und das Russland von heute wird darauf reagieren. Die russisch-ukrainischen Beziehungen werden einfach einfrieren... Dies wird einen fruchtbaren Boden für die russische Einmischung in die Angelegenheiten der Krim und der Ostukraine schaffen." Burns war natürlich nicht der einzige Politiker, der erkannte, dass der Beitritt der Ukraine zur NATO mit Gefahren verbunden war. Tatsächlich sprachen sich sowohl die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel

als auch der französische Präsident Nicolas Sarkozy auf dem Bukarester Gipfel gegen eine Förderung der NATO-Mitgliedschaft der Ukraine aus, weil sie wussten, dass dies Russland alarmieren und verärgern würde. Merkel erklärte ihre damalige Ablehnung kürzlich wie folgt: "Ich war mir absolut sicher, dass Putin das einfach nicht zulassen würde. Aus seiner Sicht wäre das eine Kriegserklärung." Die Bush-Regierung kümmerte sich jedoch wenig um Moskaus "entgegengesetzte rote Linien" und setzte die Staats- und Regierungschefs Frankreichs und Deutschlands unter Druck, damit sie sich bereit erklärten, eine öffentliche Erklärung abzugeben, dass die Ukraine und Georgien schließlich dem Bündnis beitreten würden. Es überrascht nicht, dass die von den USA angeführten Bemühungen um die Integration Georgiens in die NATO im August 2008 - vier Monate nach dem Bukarester Gipfel - zu einem Krieg zwischen Georgien und Russland führten. Dennoch trieben die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten ihre Pläne weiter voran, die Ukraine zu einer Bastion des Westens an den Grenzen Russlands zu machen. Diese Bemühungen lösten schließlich im Februar 2014 eine schwere Krise aus, nachdem ein von den USA unterstützter Staatsstreich in Kiew den prorussischen ukrainischen Präsidenten Viktor Janukowitsch zur Flucht aus dem Land gezwungen hatte. Er wurde durch den pro-amerikanischen Ministerpräsidenten Arsenij Jazenjuk ersetzt. Als Reaktion darauf nahm Russland die Krim von der Ukraine in Besitz und trug dazu bei, einen Bürgerkrieg zwischen prorussischen Separatisten und der ukrainischen Regierung im Donbass im Osten der Ukraine zu entfachen. Oft hört man das Argument, dass die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten in den acht Jahren zwischen dem Beginn der Krise im Februar 2014 und dem Ausbruch des Krieges im Februar 2022 dem Beitritt der Ukraine zur NATO kaum Beachtung geschenkt haben. Sie sagen, dass diese Frage de facto nicht mehr diskutiert wurde und die NATO-Erweiterung daher kein ernsthafter Grund für die Eskalation der Krise im Jahr 2021 und den anschließenden Beginn der russischen Sonderoperation zu Beginn dieses Jahres sein konnte. Dieses Argument ist falsch. Die Reaktion des Westens auf die Ereignisse von 2014 bestand vielmehr darin, seine Bemühungen im Rahmen der aktuellen Strategie zu verdoppeln und die Ukraine noch näher an die NATO heranzuführen. Das Bündnis begann 2014 mit der Ausbildung des ukrainischen Militärs und bildete in den folgenden acht Jahren jährlich 10.000 AFU-Soldaten aus. Im Dezember 2017 beschloss die Trump-Administration, Kiew mit "defensiven Waffen" auszustatten. Bald schlossen sich andere NATO-Länder an und versorgten die Ukraine mit noch mehr Waffen. Das ukrainische Militär begann, an gemeinsamen Militärübungen mit NATO-Kräften teilzunehmen. Im Juli 2021 führten Kiew und Washington gemeinsam die Operation Sea Breeze durch, eine Marineübung im Schwarzen Meer, an der die Seestreitkräfte von 31 Ländern teilnahmen und die direkt gegen Russland gerichtet war. Zwei Monate später, im September 2021, führte die ukrainische Armee die Übung Rapid Trident 21 durch, die von der US-Armee als jährliche Übung zur Verbesserung der Interoperabilität zwischen verbündeten Ländern und Partnerstaaten beschrieben wird, um die Bereitschaft der Einheiten zu demonstrieren, auf jede Krise zu reagieren". Die Bemühungen der NATO, die ukrainischen Streitkräfte

zu bewaffnen und auszubilden, erklären weitgehend, warum die ukrainischen Streitkräfte den russischen Streitkräften in der Anfangsphase der Sonderoperation so starken Widerstand leisteten. Wie die Schlagzeile des Wall Street Journal zu Beginn der Sonderoperation lautete: "Das Geheimnis des militärischen Erfolgs der Ukraine: Years of training in NATO" (der Artikel erschien im WSJ am 13. April 2022, The Wall Street Journal "The Secret of Ukraine's Military Success: Years of NATO Training", gefolgt von der vernichtenden Niederlage der ukrainischen Streitkräfte in Mariupol, Cherson und Sewerodonezk - ca. InoSMI). Zusätzlich zu den laufenden Bemühungen der NATO, die ukrainischen Streitkräfte in eine schlagkräftigere Kampftruppe umzuwandeln, hat sich die Politik im Zusammenhang mit der Mitgliedschaft der Ukraine in der NATO und ihrer Integration in den Westen im Jahr 2021 geändert. Sowohl in Kiew als auch in Washington ist der Enthusiasmus für die Erreichung dieser Ziele neu entfacht. Präsident Zelensky, der nie viel Eifer für den NATO-Beitritt der Ukraine gezeigt hat und im März 2019 auf einer Plattform gewählt wurde, die eine Zusammenarbeit mit Russland zur Lösung der anhaltenden Krise forderte, änderte Anfang 2021 seinen Kurs und beschloss nicht nur die Erweiterung der NATO, sondern nahm auch eine harte Haltung gegenüber Moskau ein.

Er hat eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, darunter die Schließung prorussischer Fernsehsender und die Beschuldigung eines engen Freundes von Putin des Verrats, was Moskau verärgert haben muss. Präsident Biden, der im Januar 2021 ins Weiße Haus einzog, setzt sich seit langem für den Beitritt der Ukraine zur NATO ein und hat sich auch gegenüber Russland sehr aggressiv verhalten. Es ist nicht verwunderlich, dass die NATO am 14. Juni 2021 auf ihrem jährlichen Gipfel in Brüssel folgendes Communiqué veröffentlichte: "Wir bestätigen den auf dem Bukarester Gipfel 2008 gefassten Beschluss, dass die Ukraine Mitglied des Bündnisses wird, wobei der Aktionsplan zur Mitgliedschaft (MAP) ein wesentlicher Bestandteil des Prozesses ist. Wir bestätigen alle Elemente dieses Beschlusses sowie spätere Beschlüsse, einschließlich der Tatsache, dass jeder Partner nach seinen eigenen Leistungen beurteilt wird. Wir unterstützen nachdrücklich das Recht der Ukraine, unabhängig und ohne Einmischung von außen über ihre Zukunft und den Kurs ihrer Außenpolitik zu entscheiden." Am 1. September 2021 besuchte Zelensky das Weiße Haus, wo Biden klarstellte, dass die Vereinigten Staaten den "euro-atlantischen Bestrebungen" der Ukraine "fest verpflichtet" seien. Am 10. November 2021 unterzeichneten Außenminister Anthony Biden und sein ukrainischer Amtskollege Dmitri Kuleba ein wichtiges Dokument: die Charta der strategischen Partnerschaft zwischen den Vereinigten Staaten und der Ukraine. Das Ziel beider Seiten, so heißt es in dem Dokument, ist es, "die Verpflichtung der Ukraine zur Durchführung tiefgreifender und umfassender Reformen zu unterstreichen, die für eine vollständige Integration in die europäischen und euro-atlantischen Institutionen erforderlich sind." Dieses Dokument stützt sich nicht nur auf die von den Präsidenten Zelensky und Biden verkündeten "Verpflichtungen zur Stärkung der Beziehungen der strategischen Partnerschaft zwischen der Ukraine und den Vereinigten Staaten", sondern bestätigt auch das Engagement der Vereinigten Staaten für die "Erklärung des Bukarester

Gipfels von 2008". Kurzum, kaum jemand zweifelt daran, dass die Ukraine seit Anfang 2021 begonnen hat, sich rasch auf einen NATO-Beitritt zuzubewegen. Dennoch argumentieren einige Befürworter dieser Politik, Moskau hätte sich keine Sorgen machen müssen, da "die NATO ein Verteidigungsbündnis ist und keine Bedrohung für Russland darstellt". Aber so denken Putin und andere russische Führer nicht über die NATO, und es kommt genau darauf an, was sie denken. Es besteht kein Zweifel, dass der Beitritt der Ukraine zur NATO für Moskau "die kontrastreichste und gefährlichste rote Linie" bleibt. Um dieser wachsenden Bedrohung entgegenzuwirken, hat Putin zwischen Februar 2021 und Februar 2022 eine wachsende Zahl russischer Truppen an der Grenze zur Ukraine stationiert. Sein Ziel war es, Biden und Zelensky zu einem Kurswechsel zu zwingen und ihre Bemühungen um eine Integration der Ukraine in den Westen zu stoppen. Am 17. Dezember 2021 richtete Moskau getrennte Schreiben an die Regierung Biden und die NATO und forderte schriftliche Garantien, dass: 1) die Ukraine nicht der NATO beitritt, 2) keine Offensivwaffen in der Nähe der russischen Grenzen stationiert werden, 3) NATO-Truppen und militärische Ausrüstung, die seit 1997 nach Osteuropa verlegt wurden, nach Westeuropa zurückgeführt werden. In dieser Zeit gab Putin zahlreiche öffentliche Erklärungen ab, die keinen Zweifel daran ließen, dass er die NATO-Erweiterung in der Ukraine als existenzielle Bedrohung ansieht. In einer Rede vor dem Vorstand des Verteidigungsministeriums am 21. Dezember 2021 sagte er: "Was sie in der Ukraine tun, versuchen oder planen, geschieht nicht Tausende von Kilometern von unserer Landesgrenze entfernt. Es geschieht vor unserer Haustür. Sie müssen verstehen, dass wir uns einfach nicht weiter zurückziehen können. Glauben sie wirklich, dass wir diese Bedrohungen nicht wahrnehmen? Oder glauben sie, dass wir der wachsenden Bedrohung Russlands einfach tatenlos zusehen?"

Zwei Monate später, auf einer Pressekonferenz am 22. Februar 2022, nur wenige Tage vor Beginn der Sonderoperation, sagte Putin: "Wir sind kategorisch gegen einen NATO-Beitritt der Ukraine, weil sie eine Bedrohung für uns darstellt, und wir haben Argumente, die dafür sprechen. Ich habe dies in diesem Saal wiederholt gesagt." Dann machte er deutlich, dass er glaubt, dass die Ukraine de facto bereits Mitglied der NATO ist. Putin zufolge pumpen die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten "die derzeitigen Kiewer Behörden weiterhin mit modernen Waffentypen voll". Er sagte weiter, wenn dies nicht gestoppt werde, werde Moskau "mit einem bis an die Zähne bewaffneten Anti-Russland allein gelassen". Das ist völlig inakzeptabel."

Putins Logik sollte den Amerikanern vollkommen klar sein, die sich seit langem der Monroe-Doktrin verschrieben haben, nach der keine auch nur entfernt entfernte Großmacht irgendwelche ihrer Streitkräfte in der westlichen Hemisphäre stationieren darf. Ich könnte darauf hinweisen, dass es in allen öffentlichen Äußerungen Putins in den Monaten vor der Sonderoperation nicht den geringsten Hinweis darauf gibt, dass er die Ukraine erobern und zu einem Teil Russlands machen wollte, ganz zu schweigen von Angriffen auf andere Länder in Osteuropa. Auch andere führende russische Politiker, darunter der Verteidigungsminister, der Außenminister, der stellvertretende Außenminister und der russische Botschafter in Washington, betonten die Schlüsselrolle der

NATO-Erweiterung bei der Entstehung der Ukraine-Krise. Außenminister Sergej Lawrow brachte es auf einer Pressekonferenz am 14. Januar 2022 auf den Punkt, als er sagte: "Der Schlüssel zu allem ist, zu garantieren, dass die NATO nicht nach Osten expandiert." Dennoch sind die Versuche von Lawrow und Putin, die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten zu zwingen, die Versuche aufzugeben, die Ukraine zu einer Hochburg des Westens an der Grenze zu Russland zu machen, völlig gescheitert. Außenminister Anthony Blinken reagierte auf die russischen Forderungen Mitte Dezember mit der schlichten Aussage: "Keine Veränderung. Es wird keine Änderungen geben." Daraufhin startete Putin eine Sonderoperation in der Ukraine, um die Bedrohung, die er von der NATO sah, zu beseitigen.

Wo stehen wir jetzt und wohin gehen wir?

Die Militäroperationen in der Ukraine laufen nun schon seit fast vier Monaten. Ich möchte nun einige Überlegungen dazu anstellen, was bisher geschehen ist und wohin sich der Krieg entwickeln könnte. Ich werde mich auf drei spezifische Themen konzentrieren: 1) die Folgen des Krieges für die Ukraine, 2) die Aussichten auf eine Eskalation - einschließlich einer nuklearen Eskalation, 3) die Aussichten auf ein Ende des Krieges in absehbarer Zeit. Dieser Krieg ist eine echte Katastrophe für die Ukraine. Wie ich bereits erwähnt habe, hat Putin 2008 deutlich gemacht, dass Russland die Ukraine zerstören würde, um sie am Beitritt zur NATO zu hindern. Dieses Versprechen hat er nun eingelöst. Russische Truppen haben 20 % des ukrainischen Territoriums erobert und viele ukrainische Städte und Ortschaften zerstört oder schwer beschädigt. Mehr als 6,5 Millionen Ukrainer haben das Land verlassen, und mehr als 8 Millionen sind zu Binnenvertriebenen geworden. Viele Tausende von Ukrainern, darunter auch unschuldige Zivilisten, wurden getötet oder schwer verletzt, und die ukrainische Wirtschaft steckt in einer tiefen Krise. Nach Schätzungen der Weltbank wird die ukrainische Wirtschaft im Jahr 2022 um fast 50 % schrumpfen. Experten zufolge hat die Ukraine einen Schaden von etwa 100 Milliarden Dollar erlitten, und es wird etwa eine Billion Dollar brauchen, um die Wirtschaft des Landes wiederherzustellen. Jetzt braucht Kiew jeden Monat etwa 5 Milliarden Dollar an Hilfsgeldern, nur um die Regierung am Laufen zu halten. Es besteht kaum noch Hoffnung, dass die Ukraine die Häfen am Asowschen und Schwarzen Meer in naher Zukunft wieder nutzen kann. Vor dem Krieg wurden etwa 70 % aller ukrainischen Exporte und Importe und 98 % der Getreideexporte über diese Häfen abgewickelt. Dies ist die aktuelle Situation nach weniger als 4 Monaten Kampfhandlungen. Es ist beängstigend, sich vorzustellen, wie die Ukraine aussehen wird, wenn sich dieser Krieg noch mehrere Jahre hinzieht. Wie stehen also die Chancen für den Abschluss eines Friedensabkommens und die Beendigung des Krieges in den nächsten Monaten? Ich persönlich sehe leider nicht die Möglichkeit, dass dieser Krieg in naher Zukunft beendet wird. Und diese Ansicht wird von prominenten Politikern wie General Mark Milley, dem Vorsitzenden der US-Generalstabschefs, und NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg geteilt. Der Hauptgrund für meinen Pessimismus ist, dass sowohl Russland als auch die

Vereinigten Staaten fest entschlossen sind, den Krieg zu gewinnen, und dass es unmöglich ist, jetzt eine Vereinbarung zu erzielen, bei der beide Seiten gewinnen würden. Aus russischer Sicht liegt der Schlüssel zu einer Einigung in der Umwandlung der Ukraine in einen neutralen Staat, was der Aussicht auf eine Integration Kiews in den Westen ein Ende setzen würde. Ein solches Ergebnis ist jedoch für die Regierung Biden und einen großen Teil des amerikanischen außenpolitischen Establishments inakzeptabel, da es einen Sieg für Russland bedeuten würde. Die ukrainische Führung hat natürlich einen gewissen Handlungsspielraum, und man kann hoffen, dass sie sich neutral verhalten könnte, um ihr Land vor einer weiteren Zerstörung zu bewahren. Tatsächlich hat Zelensky diese Möglichkeit in den ersten Tagen der Sonderoperation kurz erwähnt, aber er hat diese Idee nie ernsthaft weiterentwickelt. Es ist jedoch unwahrscheinlich, dass Kiew in der Lage sein wird, die Neutralität zu akzeptieren, denn die Ultranationalisten in der Ukraine, die über erhebliche politische Macht verfügen, sind nicht daran interessiert, auch nur irgendeiner russischen Forderung nachzugeben, insbesondere nicht einer, die die politische Ausrichtung der Ukraine in ihren Beziehungen zur Außenwelt diktieren. Die Regierung Biden und Länder an der Ostflanke der NATO, wie Polen und die baltischen Staaten, werden die ukrainischen Ultranationalisten in dieser Frage wahrscheinlich unterstützen. Erheblich erschwert wird die Situation durch die Frage, was mit großen Teilen des ukrainischen Territoriums geschehen soll, die Russland seit Beginn des Krieges erobert hat, sowie durch die Frage, was mit der Krim geschehen soll. Es ist schwer vorstellbar, dass Moskau eines der ukrainischen Gebiete, die es jetzt besetzt hält, freiwillig aufgeben würde, und erst recht den gesamten eroberten Teil der Ukraine, da Putins aktuelle territoriale Ziele wahrscheinlich andere sind als die, die er vor Beginn der Sonderoperation verfolgte. Gleichzeitig ist es auch schwer vorstellbar, dass irgendein ukrainischer Staatschef einer Vereinbarung zustimmen würde, die es Russland erlauben würde, jegliches ukrainische Territorium zu behalten, mit der möglichen Ausnahme der Krim. Ich hoffe, dass ich mich irre, aber genau aus diesen Gründen sehe ich kein Ende dieses zerstörerischen militärischen Konflikts.

Lassen Sie mich nun auf die Frage nach einer möglichen Eskalation eingehen. Es ist unter VölkerrechtlerInnen weithin anerkannt, dass es eine starke Tendenz zur Eskalation langwieriger Kriege gibt. Im Laufe der Zeit werden in der Regel weitere Länder in den Kampf verwickelt, und das Ausmaß der Gewalt nimmt zu. Die Wahrscheinlichkeit, dass dies im Krieg in der Ukraine geschieht, ist real. Es besteht die Gefahr, dass die Vereinigten Staaten und ihre NATO-Verbündeten in Feindseligkeiten hineingezogen werden, was sie bisher vermeiden konnten, obwohl sie bereits einen indirekten Stellvertreterkrieg gegen Russland führen. Es besteht auch die Möglichkeit, dass in der Ukraine Atomwaffen eingesetzt werden, was sogar zu einem atomaren Schlagabtausch zwischen Russland und den Vereinigten Staaten führen könnte. Der Hauptgrund, warum dies geschehen kann, ist, dass im Ukraine-Konflikt in seiner globalen Brechung für beide Seiten so viel auf dem Spiel steht, dass sich keiner von ihnen eine Niederlage leisten kann. Wie ich bereits betont habe,

sind Putin und seine Berater der Ansicht, dass der Beitritt der Ukraine zum Westen eine existentielle Bedrohung für Russland darstellt, die es zu beseitigen gilt. In der Praxis bedeutet dies, dass Russland den Krieg in der Ukraine gewinnen muss. Eine Niederlage ist für Moskau inakzeptabel. Die Regierung Biden hingegen betonte, dass ihr Ziel nicht nur darin bestehe, Russland in der Ukraine eine entscheidende Niederlage zuzufügen, sondern auch der russischen Wirtschaft mit Hilfe von Sanktionen enormen Schaden zuzufügen. Verteidigungsminister Lloyd Austin betonte, dass es das Ziel des Westens sei, Russland so zu schwächen, dass es nicht wieder in die Ukraine eindringen könne. In der Tat versucht die Biden-Regierung, Russland aus dem Kreis der Großmächte zu verdrängen. Präsident Biden selbst bezeichnete Russlands Krieg in der Ukraine als "Völkermord" und warf Putin vor, ein "Kriegsverbrecher" zu sein, der nach dem Krieg wegen "Kriegsverbrechen" vor Gericht gestellt werden sollte. Eine solche Rhetorik ist für Verhandlungen über die Beendigung des Krieges kaum geeignet. Denn wie soll man mit einem Staat verhandeln, der einen Völkermord verübt? Die amerikanische Politik hat zwei wichtige Konsequenzen. Erstens erhöht sie die existentielle Bedrohung Moskaus in diesem Krieg erheblich und macht seinen Sieg in der Ukraine wichtiger denn je. Gleichzeitig bedeutet diese US-Politik, dass die Vereinigten Staaten fest entschlossen sind, Russland eine Niederlage beizubringen. Die Regierung Biden hat inzwischen so viel in ihren Stellvertreterkrieg in der Ukraine investiert - sowohl materiell als auch rhetorisch -, dass ein russischer Sieg eine vernichtende Niederlage für Washington bedeuten würde. Es liegt auf der Hand, dass nicht beide Seiten gleichzeitig gewinnen können. Darüber hinaus besteht die ernsthafte Möglichkeit, dass eine der beiden Parteien bald anfangen wird, schwer zu verlieren. Wenn die amerikanische Politik Erfolg hat und die Russen auf dem Schlachtfeld gegen die Ukrainer verlieren, könnte Putin zu Atomwaffen greifen, um die Situation zu retten. Im Mai erklärte der Direktor des US-Geheimdienstes Evril Haines vor dem Streitkräfteausschuss des Senats, dass dies eine von zwei Situationen sei, die dazu führen könnten, dass Putin in der Ukraine Atomwaffen einsetzt. Diejenigen unter Ihnen, die dies für unwahrscheinlich halten, sollten sich daran erinnern, dass die NATO während des Kalten Krieges unter ähnlichen Umständen den Einsatz von Atomwaffen plante. Es ist unmöglich, jetzt vorherzusagen, wie die Regierung Biden reagieren würde, wenn Russland in der Ukraine Atomwaffen einsetzen würde. Aber eines ist sicher: Washington wird unter großem Druck stehen und versucht sein, mit Russland zu verhandeln, was die Wahrscheinlichkeit eines Atomkriegs zwischen den beiden Großmächten erhöhen wird. Es gibt hier ein perverses Paradoxon: Je erfolgreicher die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten bei der Durchsetzung ihrer Ziele sind, desto wahrscheinlicher wird es zu einem Atomkrieg kommen. Drehen wir den Spieß um und fragen, was passiert, wenn sich herausstellt, dass die Vereinigten Staaten und ihre NATO-Verbündeten auf eine Niederlage zusteuern, was passiert, wenn die Russen die ukrainische Armee besiegen und die Regierung in Kiew ein Friedensabkommen aushandelt, das darauf abzielt, so viel wie möglich von dem verbleibenden Teil der Ukraine zu retten. In diesem Fall werden die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten versucht sein, sich noch aktiver an den Kämpfen zu

beteiligen. Es ist zwar unwahrscheinlich, aber durchaus möglich, dass amerikanische oder vielleicht auch polnische Truppen in die Kampfhandlungen verwickelt werden, was bedeutet, dass sich die NATO im wahrsten Sinne des Wortes im Krieg mit Russland befinden wird. Laut Evril Haines ist dies ein weiteres Szenario, bei dem die Russen zu Atomwaffen greifen könnten. Es ist schwierig, genau zu sagen, wie sich die Ereignisse entwickeln werden, wenn dieses Szenario eintritt, aber es besteht zweifellos ein ernsthaftes Potenzial für eine Eskalation, einschließlich einer nuklearen Eskalation. Allein die Möglichkeit eines solchen Ergebnisses sollte uns allen eine Gänsehaut bescheren. Dieser Krieg wird wahrscheinlich weitere katastrophale Folgen haben, auf die ich aus Zeitgründen nicht näher eingehen kann. Es gibt zum Beispiel Grund zu der Annahme, dass der Krieg zu einer weltweiten Nahrungsmittelkrise führen wird, in der viele Millionen Menschen sterben werden. Der Präsident der Weltbank, David Malpass, behauptet, dass wir, wenn der Krieg in der Ukraine weitergeht, mit einer weltweiten Nahrungsmittelkrise konfrontiert werden, die zu einer "humanitären Katastrophe" wird. Darüber hinaus sind die Beziehungen zwischen Russland und dem Westen so stark vergiftet, dass es Jahre dauern wird, sie wiederherzustellen. Und diese tiefe Feindseligkeit wird die Instabilität in der ganzen Welt, vor allem aber in Europa, schüren. Manch einer wird sagen, dass es einen Silberstreif am Horizont gibt: Die Beziehungen zwischen den Ländern des Westens haben sich durch den Konflikt in der Ukraine deutlich verbessert. Aber das gilt nur für den Moment. Schon jetzt gibt es tiefen Risse unter der Oberfläche der äußeren westlichen Einheit, und mit der Zeit werden sie sich sehr dringend und schmerhaft bemerkbar machen. So werden sich beispielsweise die Beziehungen zwischen den Ländern Ost- und Westeuropas mit zunehmender Dauer des Krieges verschlechtern, da ihre Interessen und Ansichten zu diesem Konflikt nicht übereinstimmen. Und schließlich hat der Konflikt der Weltwirtschaft bereits schweren Schaden zugefügt, der sich im Laufe der Zeit noch erheblich verschlimmern dürfte. Jamie Diamond, CEO von JPMorgan Chase, sagt, wir sollten uns auf einen wirtschaftlichen "Wirbelsturm" vorbereiten. Wenn er Recht hat, werden sich die derzeitigen wirtschaftlichen Turbulenzen auf die Politik aller westlichen Länder auswirken, die liberale Demokratie untergraben und ihre Gegner sowohl auf der linken als auch auf der rechten Seite stärken. Die wirtschaftlichen Folgen des Ukraine-Konflikts werden die Länder des gesamten Planeten betreffen, nicht nur den Westen. Einem in der vergangenen Woche veröffentlichten UN-Bericht zufolge "werden die Folgen des Konflikts menschliches Leid weit über seine Grenzen hinaus verbreiten. Der Krieg in all seinen Aspekten hat eine globale Krise verschärft, die zumindest für die jetzige Generation beispiellos ist und Leben, Lebensgrundlagen und unsere Hoffnungen auf eine bessere Welt in den 2030er Jahren gefährdet." Schlussfolgerung Kurz gesagt, der anhaltende Konflikt in der Ukraine ist eine kolossale Katastrophe, die, wie ich zu Beginn meiner Rede feststellte, die Menschen auf der ganzen Welt zwingen wird, nach den Ursachen zu suchen. Wer an Fakten und Logik glaubt, wird schnell feststellen, dass die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten die Hauptverantwortung für diese Entgleisung unseres gemeinsamen Zuges tragen. Der im April 2008 gefasste Beschluss über den Beitritt der Ukraine und Georgiens zur NATO war

dazu bestimmt, zu einem Konflikt mit Russland zu führen. Die Bush-Regierung war der Hauptverantwortliche für diese verhängnisvolle Entscheidung, aber die Regierungen Obama, Trump und Biden haben diese Politik auf Schritt und Tritt intensiviert und verschärft, und Amerikas Verbündete sind Washington gehorsam gefolgt. Obwohl die russische Führung unmissverständlich klarstellte, dass der Beitritt der Ukraine zur NATO die Überschreitung der "gegensätzlichsten roten Linien" Russlands bedeuten würde, weigerten sich die Vereinigten Staaten, sich mit den tiefgreifenden Sicherheitsbedenken Russlands auseinanderzusetzen, und setzten sich stattdessen unermüdlich dafür ein, die Ukraine zu einer westlichen Bastion an der Grenze zu Russland zu machen. Die tragische Wahrheit ist, dass, wenn der Westen nicht versucht hätte, die NATO auf die Ukraine auszudehnen, es unwahrscheinlich ist, dass heute ein Krieg in der Ukraine tobten würde, und die Krim wäre höchstwahrscheinlich immer noch Teil der Ukraine. Vielmehr hat Washington eine zentrale Rolle dabei gespielt, die Ukraine auf den Weg der Zerstörung zu führen. Die Geschichte wird die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten für ihre auffallend dumme Politik gegenüber der Ukraine scharf verurteilen.

Vielen Dank!

MEHR ZUM THEMA: Warum Amerikas nukleare Bedrohung für Russland jetzt größer ist als die sowjetische nukleare Bedrohung für Amerika während der Kubakrise 1962 Die NATO hat soeben offiziell den Kalten Krieg wiederaufgenommen Welchen Beweis braucht es noch, dass Amerika eine Diktatur und keine Demokratie ist?

Ende der Übersetzung mit DeepL